

„Wer argumentiert, verliert.“ Das Ende der Party

geschrieben von Admin | 28. Oktober 2024

Die deutsche Public Relations Gesellschaft e.V. (DPRG) empfiehlt 10 Grundsätze zur Kommunikation mit Radikalen und Extremisten

Von Edgar L. Gärtner

Es gibt meines Erachtens so etwas wie den gesunden Menschenverstand. Mit dieser Auffassung stehe ich offenbar durchaus nicht allein. Aber ich muss eingestehen, dass es vor allem bei uns in Deutschland nicht wenige gibt, die mir nicht zustimmen. In seinem 10-Punkte- „Leitfaden zum Umgang mit ideologisierten Gruppen“ fragt ein Think Tank der DPRG, wie in dem durch die Landtagswahlen in Ostdeutschland geschaffenen neuen gesellschaftspolitischen Umfeld kommuniziert werden könnte – wenn überhaupt. *„Mehrheiten der Mitte sind auf absehbare Zeit nicht oder kaum mehr möglich“*, beklagen die PR-Strategen. Die Ursachen dafür sehen diese nicht primär im Verlust des gesunden Menschenverstandes, der ausgewogene Entscheidungen zwischen realen Alternativen fordert und insofern ein Erstarren der „Mitte“ ermöglicht, sondern im Aufstieg neuer politischer Parteien und deren Vorfeldorganisationen, die als Propagandisten bewährter Alternativen gegen die bislang vorherrschende Politik opponieren. In einer Demokratie sollte das freilich kein Problem sein.

Gleichschaltung statt Diskursfähigkeit

Oberstes Ziel der vom DPRG-Expertenkreis Public Affairs (EPA) vorgeschlagenen Kommunikationsstrategie ist es aber offenbar nicht, den Kunden von PR-Agenturen zu helfen, demokratie- und diskursfähig zu werden, sondern die „Deutungshoheit“ zu erlangen und zu behalten. Deshalb rät das Strategiepapier der DPRG den Kunden von PR-Agenturen von vornherein davon ab, gegenüber gegnerischen Gruppierungen auf den Austausch von Sach-Argumenten zu setzen. Das zeigen die folgenden mehrdeutigen, im schlechten subjektfreien Passiv formulierten Sätze: *„Gespräche auf Augenhöhe oder ein echter Dialog werden nicht gesucht. Andernfalls kann eine themenbezogene Sachdiskussion erreicht werden, die zu einer pragmatischen Lösung führt, zum Beispiel auf kommunaler oder Kreisebene., wo Radikale oder Extremisten politische Verantwortung tragen und ihre Zustimmung und Mitwirkung bei bestimmten Vorhaben unverzichtbar ist. (...) Das bessere Argument möge gewinnen! Aufgrund dieser kommunikativen Sozialisation haben wir nicht gelernt, Gespräche als strategisches Mittel einzusetzen, um bestimmte Ziele zu erreichen“*, beklagt das DPRG-Papier und empfiehlt die Verwendung des primitiven „Basic Talk“, den man im Westen ansonsten Donald Trump vorwirft. Das DPRG-Papier betont mit dem Hinweis auf das Buch „Schwarze Rhetorik. Manipuliere, bevor Du manipuliert wirst“ (2018) vom Wladislaw

Jachtschenko: „In der politischen Kommunikation gibt es keine Schönheitspreise, aber Gewinner und Verlierer.“

Man versteht vor diesem Hintergrund, warum in Deutschland nicht nur die etablierten politischen Parteien, sondern auch große Teile der privaten Wirtschaft heute nicht auf die offene Diskussion, sondern auf die Ausgrenzung Andersdenkender setzen. Das Motto des DPRG-Papiers „*Wer argumentiert, verliert*“ sollte deshalb m.E. als Drohung, als Aufruf zur Gewalt verstanden werden. Die Zeit sachbezogener demokratischer Diskurse, inspiriert von der Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas, soll wohl endgültig vorüber sein.

Es geht auch anders

In meiner Jahrzehnte währenden publizistischen Tätigkeit (im Hintergrund) habe ich gelernt, dass es grundsätzlich auch anders geht. Nicht ohne eine Spur beruflichen Stolzes kann ich darauf hinweisen, dass ich in den 1980er und 1990er Jahren als regelmäßiger Teilnehmer einer Serie von Fach-Klausuren in Schlössern und durch eigene Publikationen nicht unwesentlich mitgeholfen habe, den durchaus nützlichen, wenn auch nicht über jeden Verdacht erhabenen Massenkunststoff PVC und dessen mittelständische Verarbeiter vor dem von Greenpeace und den Grünen geforderten europaweiten Verbot zu bewahren. Die Industrie (in diesem Fall die BASF) hat ihre Forschung auf die Entwicklung harmloser Kunststoff-Weichmacher für Baby-Spielsachen und medizinischem Equipment konzentriert und diese auch gefunden. Ich habe im zitierten Vortrag auf einer Veranstaltung des Ludwig-von-Mises-Institute Europe in Brüssel exemplarisch gezeigt, wie Risiko-Abwägungen und pragmatische Konfliktlösungen in der Demokratie ablaufen könnten/sollten. Die in Buchform veröffentlichten Beiträge der Konferenz lohnen die Lektüre m.E. noch immer. Ich bezweifle, ob eine solche friedliche und produktive Beilegung eines gesellschaftlichen Konflikts heute noch denkbar wäre. Denn die Wahrheitssuche und die Kosten-Nutzen-Abwägung, beide integrale Bestandteile dessen, was wir als gesunden Menschenverstand bezeichnen, haben heute in den von grüner Ideologie dominierten kartellierten Massenmedien und in der Unternehmenskommunikation einen schweren Stand, sofern sie nicht ganz verschwunden sind.

Im zitierten DPRG-Papier taucht der Begriff Wahrheit kein einziges Mal auf. Es geht beim Wahrheitsbegriff selbstredend nicht um die absolute Wahrheit, die für uns Menschen, wie die Philosophen Thomas von Aquin, Immanuel Kant und Karl R. Popper gezeigt haben, unerreichbar ist. Es geht stattdessen um durchaus nützliche, zum Teil aber auch kontroverse relative Wahrheiten. Relative Wahrheiten hinterlassen immer Diskussionsbedarf. Dennoch bleibt der Ausgang offener Diskurse einigermaßen berechenbar, solange bei ihnen die Lösung oder zumindest Abmilderung realer Probleme im Vordergrund steht. Meine gute Bekannte Cora Stephan würde sagen: Solange die Diskutanten sich im Bereich des „Normalen“ bewegen.

Wahrheit interessiert keinen mehr

Wer aber auf den Wahrheitsbegriff verzichtet, dem bleibt für die Durchsetzung seiner Ziele nur die mehr oder weniger rabiate Gleichschaltung des Diskurses. Es geht dann in der Tendenz nur noch um die Durchsetzung des Rechts des Stärkeren mithilfe juristischer Tricks und/oder der Einschaltung militanter Zensur-Helfershelfer (Sorry: „Trusted Flaggers“) wie „Correctiv“ oder „REspect“. Es geht dabei in Wirklichkeit nicht um die Verteidigung der Vernunft gegenüber radikalen und extremistischen Gruppen, wie das DPRG-Papier glauben machen will, sondern um die Verteidigung extremistischer Narrative und Forderungen gegenüber dem gesunden Menschenverstand produktiv arbeitender Menschen. Die Extremisten sitzen heute in der Regierung! Auch bei sonstigen Methoden zur Eindämmung unerwünschter Meinungen zeigt sich das DPRG-Papier nicht zimperlich. Es empfiehlt zum Beispiel auch den Einsatz von Chat Bots in Social Media, um eventuelle „Shit-Storms“ abzuwehren.

Es geht in der Tat heute sowohl in der Regierungs- als auch in der Unternehmenskommunikation kaum noch um die Verteidigung oder Promotion vernünftiger Produkte und Maßnahmen wie überhaupt um die Bekämpfung marktfeindlicher politischer Eingriffe in die Wirtschaft, sondern vordringlich um Narrative und Investitionsentscheidungen, auf die die Staaten und Unternehmen nicht selbst gekommen sind, sondern die Leader einflussreicher extremistischer Lobbygruppen von Milliardären wie Maurice Strong, Al Gore, Bill Gates, George Soros oder Klaus Schwab sowie die ihnen dienstbaren Think Tanks.

Seit dem Ende der 1980er Jahre haben diese Botschafter der „einen Welt“, das heißt des Versuchs, die Finanzindustrie und die Realwirtschaft der ganzen Welt einheitlich auf das Ziel der Einsparung von Kohlenstoffdioxid-Emissionen um beinahe jeden Preis zu verpflichten, mithilfe des ihnen hörigen Propaganda-Apparats immer mehr an Einfluss gewonnen. So mussten die Deutschen aus ihrem Bundeshaushalt allein im vergangenen September den Betreibern von Solar- und Windkraftwerken wegen der sonnigen Witterung 2,6 Milliarden Euro Einspeisevergütung gemäß dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) überweisen – für Strom, der an der Börse nur 145 Millionen Euro wert war! Andrew Montford hat im Auftrag des britischen Netzwerks „Net Zero Watch“ gerade berechnet, dass die „Energiewende“ in Richtung auf das „Net Zero“- Ziel zehnmal mehr kostet, als sie einbringen könnte. Jeder britische Privathaushalt würde mit 300.000 Pfund belastet. Einen solchen Unsinn zu kommunizieren, stellt die PR-Agenturen in der Tat vor kaum überwindbare Herausforderungen. Denn zum obersten Ziel jeder Politik (auch der Privatunternehmen) erklärten diese Gurus und die diesen unterstehenden Think Tanks „Net Zero“, die CO₂-Neutralität der Wirtschaft bis zur Mitte bzw. zum Ende dieses Jahrhunderts, das bereits zu einem Viertel abgelaufen ist. Dieses Ziel ist rein fiktiv und hat mit der Aufgabe demokratischer Politik, das Leben und das Wohlergehen ihrer Anhänger längerfristig zu schützen, nichts zu tun. Es hat auch nichts mit der

Aufgabe privater Unternehmen, ihre Kundschaft zufriedenzustellen, zu tun.

Es gibt keinen klimarelevanten „Treibhauseffekt“

Denn es gibt überhaupt keinen klimarelevanten „Treibhauseffekt“ durch die Einleitung von CO₂ in die Atmosphäre. Das hat der erfolgreiche amerikanische Experimentalphysiker und Erfinder Robert Williams Wood (1868 – 1955) im Prinzip schon im Jahre 1909 nachgewiesen. Mithilfe eines einfachen Experiments hat er zeigen können, dass es nicht einmal in einem richtigen Treibhaus (Greenhouse) einen nennenswerten „Treibhauseffekt“ gibt. Ned Nikolov und Karl Zeller haben diesen Ansatz in einem im Jahre 2017 erschienen Artikel weiter verfolgt und gezeigt, dass die Erwärmung der Erde fast ausschließlich von der (zyklischen) Sonneneinstrahlung abhängt. Im „Grünhaus“ wird es wärmer als in der Umgebung, weil dessen Glasdach die von der Sonne erwärmte Luft am Aufsteigen hindert. Diesen Effekt gäbe es auf der Erde nur, wenn ihre Atmosphäre ein Dach hätte. Doch noch niemand hat es beim Aufstieg von Interkontinentalfliegern auf die gewöhnliche Flughöhe klirren gehört. Das heißt allerdings nicht, dass die Lufthülle der Erde beziehungsweise die Gase, aus denen sie sich zusammensetzt, gar keinen Effekt hätte.

Der Einfluss der Atmosphäre auf den Wärmehaushalt der Erde lässt sich ohne aufwändige Experimente abschätzen, wenn man diese mit ihrem Trabanten, dem Mond vergleicht. Denn wir können davon ausgehen, dass der Mond etwa die gleiche Sonnenenergie empfängt wie die Erde. Auf dem so gut wie atmosphärenfreien Mond steigt die Temperatur auf der Sonnenseite bis auf etwa 130 Grad Celsius, auf der Erde sind Temperaturen über 50°C hingegen selten. Auf der Nachtseite kühlt der Mond wegen der fehlenden Atmosphäre auf minus 170 Grad ab, während die Erde nicht einmal halb so stark abkühlt. Man könnte sich also darauf einigen, der Erdatmosphäre einen mildernden Einfluss auf die Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht zuzuschreiben. Für die in Schulbüchern wiederholte Behauptung, die (fiktive) Durchschnittstemperatur der Erdoberfläche werde ausschließlich durch den „Treibhauseffekt“ bestimmt, gibt es jedoch keinen Anhaltspunkt.

Ich empfehle deshalb zu der angesprochenen Thematik das Buch des Chemikers Heinz Hug, das hier besprochen wurde. Hug hat sich als Fachmann für chemische Analytik selbst an zum Teil aufwändigen Versuchen beteiligt, den „Treibhauseffekt“ nachzuweisen und zu quantifizieren und kam dabei zur Einsicht, dass es sich dabei um eine „Petitesse“ handelt, auch wenn er die Möglichkeit eines solchen Effekts nicht grundsätzlich abstreitet.

Die DPRG gräbt sich das eigene Grab

Zusammenfassend könnte man sagen, dass der DPRG-Expertenkreis Public Affairs in seinem Papier versucht, den Eindruck zu erwecken, als seien

die wachsenden Kommunikationsprobleme der letzten Jahre durch das Auftauchen neuer radikaler bzw. extremistischer Gruppierungen wie der AfD oder des BSW entstanden, die den Konsens mit dem Mainstream aufgekündigt haben. Aber nichts könnte falscher sein. Eine unvoreingenommene Betrachtung offenbart im Gegenteil, dass der Mainstream, beeinflusst von außen, extremistisch bzw. totalitär geworden ist und dass die neuen Parteien, aus konservativer oder progressiver Perspektive, zum großen Teil das verteidigen, was noch bis vor wenigen Jahren bei uns unhinterfragt als Bestandteil des gesunden Menschenverstandes galt. Neben dem Klima-Thema, das endlich an Bedeutung zu verlieren scheint, weil es kaum noch möglich ist darüber hinwegzusehen, dass die Europäer in ihrer großen Mehrheit andere Sorgen haben, und der damit zusammenhängenden Propagierung der Einsatzes angeblich erneuerbarer Energien hätte ich diese Betrachtung auch auf die Inszenierung der Corona-Pandemie oder die ungebremste Masseneinwanderung unqualifizierter junger Männer lenken können. Doch das sind keine Kernthemen für das EIKE.

In dieser Situation der zunehmenden Konfusion empfiehlt das Strategie-Papier der DPRG, Public Relations durch einseitige Propaganda für fiktive Ziele, d.h. für das Nichts zu ersetzen. Implizit macht die DPRG sich damit für die eigene Abschaffung stark, d.h. durch ihren Ersatz durch ein zentrales Propagandaministerium unter einem neuen Göbbels. Ich weiß nicht, ob das allen Verantwortlichen klar ist. 25.10.2024)